

### SV-Report zum 15. Juli 2021

#### Höhere Pflegeheimkosten, mehr Pflegebedürftige

Abermals sind die Kosten in den Pflegeheimen gestiegen. Der Verband der Ersatzkassen (vdek) ermittelte die durchschnittlichen Kosten für die Pflege in Pflegeheimen in allen Bundesländern. Im Juli 2020 mussten Pflegebedürftige in Heimen noch durchschnittlich bundesweit 2.015 Euro selbst zahlen, in diesem Jahr sind es bereits 2.125 Euro. Diese Kosten setzen sich zusammen aus dem einrichtungseinheitlichen Eigenanteil (873 Euro), den Kosten für Unterkunft und Verpflegung (791 Euro) und den Investitionskosten (461 Euro). Die neue Pflegereform schafft etwas Entlastung, allerdings nur bei den Kosten für den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil (siehe SV-Report 15. Juni 2021).

Mehr Pflegebedürftige meldet das Bundesgesundheitsministerium. 2020 gab es mit rund 4,57 Millionen Pflegebedürftigen einen neuen Höchststand. Nach neuen Berechnungen schätzt das Ministerium eine stärkere Zunahme von Pflegebedürftigen. Mit 5,1 Millionen Pflegebedürftigen wird im Jahr 2030 gerechnet und 2050 sogar mit 6,5 Millionen Pflegebedürftigen.

#### Bevölkerung nicht gewachsen

Erstmals seit 2011 ist die Bevölkerung Deutschlands nicht gewachsen. Zum Jahresende lebten 83,2 Millionen Menschen in Deutschland, 12.000 weniger als 2019.

Im Pandemiejahr 2020 starben 986.000, geboren wurden nur 773.000. Während die Geburten nahezu unverändert blieben, erhöhte sich die Zahl der Gestorbenen gegenüber dem Vorjahr um rund 46.000 (5 %). Bei 36.000 war COVID-19 die Ursache. Das Geburtendefizit von rund 213.000 konnte nicht ganz durch die geringere Nettozuwanderung ausgeglichen werden.

#### Abgabefrist für die Steuererklärung verlängert

Das am 25. Juni 2021 verkündete Gesetz zur Umsetzung der Anti-Steuerermeidungsrichtlinie enthält versteckt eine für viele Steuerzahler wichtige Botschaft. Die Abgabefrist für die Einkommensteuererklärung wird um drei Monate verlängert. Dies gilt bereits für die Einkommensteuererklärung für das Jahr 2020, sodass die Steuererklärung nicht bereits Ende Juli 2021 dem Finanzamt vorliegen muss, sondern erst Ende Oktober 2021. Wird die Steuererklärung von Steuerberatern oder einem

#### Steuerpolitische Ziele der Parteien

Die Parteien haben ihre Absichten in ihren Wahlprogrammen dargelegt, um am Wahlsonntag, den 26. September 2021 zu punkten. Wir haben einige steuerpolitische Ziele der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien in alphabetischer Reihenfolge unter die Lupe genommen und feststellen müssen, dass vieles versprochen wird, ohne die genauen Kosten zu benennen. Klar ist, dass Kompromissbereitschaft unter Zurückstellung manch eigener Ziele vorhanden sein muss, wenn Parteien Koalitionen eingehen.

##### Die AfD will

- die Steuer- und Abgabenlast deutlich senken, den SolZ abschaffen
- die Grundsteuer, Gewerbesteuer, kleinere Steuern streichen

##### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen

- kleine und mittlere Einkommen durch Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten, den Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 100.000 Euro (Alleinstehende) 200.000 Euro (Verheiratete) auf 45 Prozent anheben und einen Reichensteuersatz von 48 Prozent ab einem Einkommen von 250.000 Euro / 500.000 Euro
- die Abschaffung der geltenden Steuerfreiheit nach zehn Jahren für die Veräußerung von Grundstücken und Immobilien
- größere Vermögen bei der Erbschaftsteuer stärker besteuern
- die Wiedereinführung der Vermögensteuer

##### Impressum

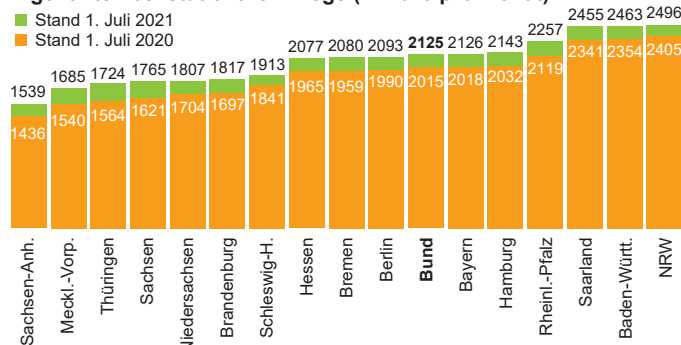
Herausgeber: SCHALLÖHR VERLAG GmbH  
Milchberg 24 | 82335 Berg am Starnberger See | www.schalloehr-verlag.de | E-Mail: info@schalloehr-verlag.de  
Telefon: 08151/ 28798 | Telefax: 08151/ 28666

HRB 163225 Amtsgericht München | Ust.-Nr.: 117/138/002 70 | Geschäftsführer: André Schallöhr, Knut M. Schallöhr

© 2021, SCHALLÖHR VERLAG GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Reproduktion, auch auszugsweise nur mit vorheriger Einwilligung der SCHALLÖHR VERLAG GmbH.

#### Pflege

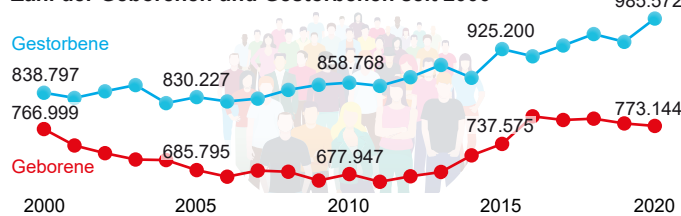
##### Eigenanteil bei stationärer Pflege (in Euro pro Monat)



Quelle: vdek; Stand 1. Juli 2021

#### Demografie

##### Zahl der Geborenen und Gestorbenen seit 2000



Quelle: Statistisches Bundesamt

#### Steuer

Lohnsteuerhilfeverein erstellt, verlängert sich der Termin auch um drei Monate auf den 31. Mai 2022. Für Personen, die nicht zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind, gilt weiterhin eine Abgabefrist von vier Jahren. Auch die besonderen Abgabefristen für Steuerpflichtige mit Einkünften aus Land und Forstwirtschaft (ursprünglich 31. Januar 2022 für steuerlich nicht beratene, 28. Februar 2022 für steuerlich beratene Steuerpflichtige), verlängern sich um drei Monate.

#### Steuer

##### Die CDU/CSU will

- kleinere und mittlere Einkommen entlasten, keine Steuererhöhungen
- den Solidaritätszuschlag schrittweise abschaffen
- die Unternehmensbesteuerung deckeln
- die steuerfreien Sachzuwendungen für Arbeitnehmer ausweiten
- keine Wiedereinführung der Vermögensteuer

##### Die FDP will

- Bürger bei den Steuern und Abgaben entlasten
- den Solidaritätszuschlag ganz abschaffen
- den Spitzensteuersatz von 42 % für Einkommen erst ab 90.000 €
- keine Vermögensteuer, keine Erhöhung der Erbschaftsteuer

##### Die LINKEN wollen

- hohe Vermögen und Einkommen, Erbschaften, Kapitalerträge stärker besteuern, die Vermögensteuer und eine neue Vermögensabgabe
- die Erbschaftsteuer erhöhen, eine Finanztransaktionssteuer

##### Die SPD will

- kleinere und mittlere Einkommen entlasten, hohe Einkommen stärker belasten, den Reichensteuersatz auf 48 Prozent anheben
- den derzeitigen Solidaritätszuschlag beibehalten
- die Einführung der Vermögensteuer und einer Transaktionssteuer
- das Ehegattensplitting ändern, eine Kindergrundsicherung einführen